Bau- und Planungsausschuss
Protokoll Nr. BPA/14/2016

über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 05.10.2016, Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung	:	19:00 Uhr
Ende der Sitzung	:	21:18 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase
Frau Monja Löwer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke	
Herr Uwe Gaumann	
Herr Uwe Graßau	
Herr Rolf Griesenberg	i. V. f. StV Möller
Herr Toufic Schilling	i. V. f. StV Hengstler
Herr Wolfdietrich Siller	i. V. f. StV Behr

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Engel	Seniorenbeirat, öffentl. Teil
Herr Yannick Klix	Kinder- und Jugendbeirat, öffentl. Teil

Sonstige, Gäste

Herr Sebastian Stegemann	WRS Architekten & Stadtplaner

Verwaltung

Herr Peter Kania	
Frau Andrea Becker	
Herr Andreas Schneider	
Frau Katharina Freimuth	bis 20:45 Uhr
Herr Stephan Schott	
Frau Frederike Müller	
Frau Maren Uschkurat	Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Frau Anna-Margarete Hengstler

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1.	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3.	Einwohnerfragestunde	
4.	Festsetzung der Tagesordnung	
5.	Einwände gegen die Niederschrift Nr. 13/2016 vom 21.09.2016	
6.	Berichte/Mitteilungen der Verwaltung	
6.1.	Berichte gem. § 45 c GO	
6.2.	Sonstige Berichte/Mitteilungen	
6.2.1.	Zusätzlicher Halt auf der HVV-Linie 469	
6.2.2.	Sicherung eines Gehrechts für die Verbindung Manhagener Allee - Heinz-Beusen-Stieg	
6.2.3.	Vollsperrung der Straße Am Hagen	
6.2.4.	Vorstellung einer neuen Kollegin im Fachdienst Straßenwesen	
7.	Neubau des Spechtweges	**2016/114**
8.	Flächennutzungsplan der Stadt Ahrensburg - Entwurfsbeschluss - Beschluss zur Offenlage	**2016/075/1**
9.	Landschaftsplan - Entwurfsbeschluss - Beschluss zur Offenlage	**2016/073**
10.	Aufhebung der Beschlüsse zu Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplans Nr. 88 Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 88 B Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 88 B	**2016/109**

11.	38. Änderung des Flächennutzungsplans Ahrensburg für das Gebiet nördlich der Straße Beimoorweg im Bereich der Ortsdurchfahrt, östlich angrenzend an das bestehende Gewerbegebiet Nord auf einer Breite von ca. 50 m und einer Tiefe von ca. 300 m sowie ein Gebiet südlich der Straße Beimoorweg, in einem Bereich von ca. 70 m Breite und 70 m Tiefe entlang der Straße Beimoorweg auf Höhe des Anschlusses des Weges Beimoor Hof Eichkamp. - Abwägung der Stellungnahmen - Abschließender Beschluss	**2016/111**
12.	46. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet Kastanienallee zwischen den Straßen Bahntrasse und Kastanienallee; Flurstücke 149, 232, 229, 230, 273 sowie die Flurstücke 276, 295, 275, 272, 270, 294 teilweise - Aufstellungsbeschluss für die 46. Änderung des Flächennutzungsplanes	**2016/115**
13.	S4 - Stellungnahme zur Vorabstimmung der Entwurfsplanung Bauwerke	**2016/110**
14.	Anfragen, Anregungen, Hinweise	
14.1.	Beleuchtung im Waldemar-Bonsels-Weg	
14.2.	Sachstand barrierefreier Umbau der U-Bahnhöfe	
14.3.	Beschilderung im Stadtgebiet	

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Hansen begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Für diejenigen, die ihn noch nicht kennen, stellt er außerdem den neuen Bauamtsleiter, Herrn Peter Kania, vor.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur heutigen Sitzung erfolgte fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Witt nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 7 und bittet mitzuteilen, ob zum jetzigen Zeitpunkt schon etwas zu den Kosten, die auf die Anlieger zukommen, gesagt werden kann. Der Vorsitzende weist hierzu auf den Tagesordnungspunkt und sichert zu, dass die Frage hierin beantwortet wird.

Hinsichtlich der Kritik von **Herrn Siemers**, dass keine ausreichende Bürgerbeteiligung durchführt wurde, weist die Verwaltung darauf hin, dass erst die Politik über den Grundsatz der Maßnahme entscheiden soll, dann am 19.10.2016 eine Anliegerversammlung durchgeführt wird und erst dann ein Beschluss durch die Politik zu fassen ist. Diesbezüglich kritisiert **Frau Ruth**, dass eine Beschlussvorlage als TOP 7 auf der Tagesordnung ist und nicht nur ein Entwurf. Hierzu entgegnet die Verwaltung, dass eine Beschlussvorlage aus formellen Gründen gewählt wurde, da ein Entwurf einer Beschlussvorlage nicht als Tagesordnungspunkt genommen werden kann.

Herr Jan Hansen nimmt Bezug auf die Ampel im Rosenweg und kritisiert, dass die Anlage abgeschaltet wurde. Er bittet mitzuteilen, ob dies der richtige Ausschuss ist und wie es zu der Entscheidung kam, die Lichtsignalanlage nicht wieder in Betrieb zu nehmen. Daraufhin wird bestätigt, dass es sich um den richtigen Ausschuss handelt und die Entscheidung aufgrund von Verkehrsbeobachtungen und -zählungen getroffen wurde. Gern steht die Verwaltung für Gespräche bereit, sollte es Hinweise geben, dass an dem Standort doch eine Lichtsignalanlage notwendig ist. Ergänzend berichtet die Verwaltung auf Nachfrage, dass die Zählung an einem ganzen Tag durchgeführt wurde, jedoch für die Entscheidung die Spitzenstunden maßgeblich sind. Dieses Thema aufgreifend bittet **Herr Tobias Riefe** mitzuteilen, weshalb die Markierungen in diesem Bereich dann vor kurzem erneuert wurden. Die Verwaltung sichert zu, dies zu überprüfen.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine Vorortprüfung hat ergeben, dass die Markierungen nicht wie angenommen kürzlich erneuert wurden.

Herr Siemers kritisiert, dass viele Ampelanlagen im Stadtgebiet veraltet seien und hinterfragt die Sinnhaftigkeit des Wartungsvertrages mit der Firma Siemens. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass es wie bei Technikgeräten zuhause ist, dass nach 25 und mehr Jahren schlichtweg die Ersatzteile nicht mehr hergestellt werden. Dadurch ist eine Reparatur der Anlagen auch im Rahmen des Wartungsvertrages nicht mehr möglich.

Frau Silke Quast-Müller schlägt vor, den Dänenweg im Rahmen der Flächennutzungsplanausweisung von seiner Bedeutung her herunterzustufen. Daraufhin entgegnet die Verwaltung, dass die Straße wichtig für das Gesamtgebiet ist, da auch der Verkehr aus anderen Straßen hierüber läuft. Ergänzend weist ein Ausschussmitglied darauf hin, dass bei Herunterstufung die Beiträge bei Ausbaumaßnahmen für die Anlieger steigen.

Herr Kupfer nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 11 und bemängelt, dass die südliche Variante der Nordtangente wieder mit aufgenommen wurde. Hierzu verweist die Verwaltung an die Bau- und Planungsausschusssitzung vom 07.09.2016, wo dargestellt wurde, dass es sich bei der Planung der Nordtangente und der Aufstellung des Flächennutzungsplans um zwei unabhängig Verfahren handelt. Der Flächennutzungsplan als übergeordnete Planung hat hierbei aktuelle Beschlusslagen der Politik zu berücksichtigten. Deshalb wurde der aktuellste Beschluss zur Nordtangente mit der südlichen Variante für den Entwurf des Flächennutzungsplans mit berücksichtigt. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Nordtangente in einem Planfeststellungsverfahren zu prüfen ist, da sie über Ahrensburger Gebiet hinausgeht. Bei Planfeststellungsverfahren sind immer alle Varianten einer Trassenführung aufzuzeigen.

Herr Witt nimmt ebenfalls Bezug auf den Tagesordnungspunkt 8 und hinterfragt die Ausweisung der Wriggers-Fläche als Bauland. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass es sich um einen Antrag aus den Fraktionen handelt und rein fachlich nichts gegen die Ausweisung dieser Wohnbaupotentialfläche spricht.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 20.09.2016 vorgeschlagene Tagesordnung. Ein Ausschussmitglied schlägt vor, den Tagesordnungspunkt „Neubau des Spechtweges“ als neuen TOP 7 vorzuziehen. Daraufhin kommt es zu einer kurzen Debatte, ob eine Behandlung in der heutigen Sitzung sinnvoll erscheint. Nachdem die Verwaltung kurz erläutert, dass vor Beteiligung der Anlieger die Politik informiert werden soll, kommen die Ausschussmitglieder überein, den Tagesordnungspunkt nicht zu verschieben. Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, ob zukünftig die Formulierung der Vorlage geändert werden kann. Nachfolgend stimmen die Ausschussmitglieder über die Vorziehung des Tagesordnungspunktes Spechtweg wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Ohne weitere Aussprache wird anschließend mit Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls und der berechtigten Interessen Einzelner über den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den TOP 15 und 16 abgestimmt.

Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich stimmt der Bau- und Planungsausschuss über die angepasste Tagesordnung ab.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 13/2016 vom 21.09.2016

Keine Einwände. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

Die Verwaltung teilt mit, dass es in der heutigen Sitzung keine Berichte bzw. Mitteilungen gemäß § 45 c der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein gibt.

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Zusätzlicher Halt auf der HVV-Linie 469

Die Linie 469 wurde vor zwei Jahren eingerichtet und finanziert sich über die Stadt Ahrensburg. Montags bis freitags existieren je Richtung neun Verbindungen zwischen U-Bahnhof Ahrensburg West und dem Bahnhof Gartenholz. Eigentlicher Sinn dieses Busangebotes ist die direkte und damit schnelle Anbindung der Gewerbegebiete Nord und Beimoor-Süd.

War bisher zwischen dem U-Bahnhof Ahrensburg West und der Haltestelle Beimoorweg kein Halt vorgesehen, soll sich dieses zum Fahrplanwechsel am 11.12.2016 ändern, indem am AOK-Knoten die Haltestellen „Hamburger Straße“ angefahren werden. Somit kann der Bus auch genutzt werden von Kunden in den Hauptverkehrszeiten für die Verbindung Innenstadt – U1 Richtung Hamburg.

Zwar liegen die zusätzlichen Halte auf dem Linienweg, die Zeitverluste der HVV-Linie 469 könnten aber Kosten von rund 3.000 € pro Jahr verursachen, die über das PSK 54700.5317000 und den dort abgebildeten Betrag für die Finanzierungsvereinbarung mit dem Kreis Stormarn abgewickelt werden können.

6.2.2. Sicherung eines Gehrechts für die Verbindung Manhagener Allee - Heinz-Beusen-Stieg

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die bereits im nicht öffentlichen Teil der BPA-Sitzung am 07.09.2016 angesprochene Angelegenheit (Protokoll Nr. 12/2016; TOP 11.10) und berichtet, dass auf dem Grundstück Manhagener Allee 8 a inzwischen eine Fremdbaulast über ein Geh- und Leitungsrecht zur Sicherung eines Durchgangs in Richtung Kehre Heinz-Beusen-Stieg auf die Allgemeinheit eingetragen worden ist. Nach einer zwischen allen betroffenen geschlossenen Vereinbarung sind Voraussetzungen für die Realisierung dieses Wegerechts, das

a) über den östlichen Teil des Grundstücks Hagener Allee 5 auch ein Fahrrecht zur Erschließung der heutigen Grundstücke Manhagener Allee 8 und 8 a (gemeinsamer Hinterhof) eingetragen wird und

b) die Stadt Ahrensburg das Recht mit einem Vorlauf von neun Monaten geltend macht.

Das Recht wurde von den Grundstücksparteien zwar kostenlos gewährt, der Stadt Ahrensburg obliegt jedoch das Herstellen und Unterhalten des öffentlichen Wegeabschnittes, sie übernimmt die Verkehrssicherungspflicht.

6.2.3. Vollsperrung der Straße Am Hagen

Im Zuge des Ausbaus des Pionierweges muss der Kreuzungsbereich Am Hagen/Pionierweg erneuert werden. Hierzu wird es ab dem 10.10. bis 21.10.2016 eine Vollsperrung der Straße Am Hagen geben. Eine Umleitungsstrecke für diesen Bereich wird ausgeschildert. Für die Buslinie werden Ersatzhaltestellen eingerichtet. Die Ausgaben werden als Unterhaltungsmaßnahme verbucht.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass das Tobias Haus von der anderen Seite aus erreichbar ist.

6.2.4. Vorstellung einer neuen Kollegin im Fachdienst Straßenwesen

Wie die Verwaltung berichtet, hat im Fachdienst Straßenwesen zum 01.07.2016 eine neue Kollegin angefangen. Frau Frederike Müller stellt sich kurz dem Ausschuss vor und berichtet, dass sie überwiegend für den Bereich der Straßenunterhaltung zuständig ist. Die Ausschussmitglieder nehmen dies positiv zur Kenntnis.

7. Neubau des Spechtweges

Anhand einer Folienpräsentation **(vgl. Anlage)** stellt die Verwaltung die Baumaßnahme im Spechtweg vor. Wie anhand der beigefügten Fotos zu erkennen ist, befindet sich der Spechtweg in einem äußert schlechten Zustand. Geplant ist eine Fahrbahnbreite einschließlich Pendelrinne von ca. 6 m, um den Begegnungsfall Bus/Bus zu ermöglichen. Der Gehweg soll eine Breite von 2 m aufweisen, da hier nur einseitig ein Gehweg vorhanden ist. Radfahrer sollen aufgrund der geringen Verkehrsstärken auf der Fahrbahn fahren. Daraufhin wird kritisiert, dass dieser Weg auch von Schulkindern genutzt wird, wogegen die Verwaltung entgegnet, dass Kinder bis zehn Jahren auf dem Gehweg fahren dürfen.

Da zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar ist, wann der Knotenpunkt Hagener Allee umgebaut wird, soll die Baumaßnahme Spechtweg nur ca. bis 30 m vor dem Knotenpunkt durchgeführt werden. Hierzu werden verschiedene Varianten, wie der Knotenpunkt zukünftig aussehen könnte, dargestellt. Eine Entscheidung hierüber soll jedoch nicht im Rahmen des Bauprogramms getroffen werden.

Ein Ausschussmitglied bittet mitzuteilen, ob berücksichtigt wurde, die Ausfahrten so zu planen, dass Fahrradfahrer und Fußgänger nicht in Wellenbewegungen den Gehweg passieren müssen. Die Verwaltung entgegnet, dass der Wunsch besteht, den Gehweg durchzutafeln, jedoch aufgrund gewisser geometrischer Voraussetzungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht sichergestellt werden kann, dass dies überall gelingt. Hierzu wird der Tipp gegeben, mit den Anliegern zu sprechen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen auch auf den eigenen Grundstücken durchzuführen. Dies ist bereits von der Verwaltung beabsichtigt.

Auch schildert die Verwaltung, dass die mögliche Ausweisung eines Baugebietes auf der derzeit für landwirtschaftliche Zwecke genutzten Fläche berücksichtigt wurde. Mit Schlacken, ähnlich wie im Pionierweg muss anhand der Bohrergebnisse nicht gerechnet werden, jedoch ist dies grundsätzlich nicht auszuschließen.

Hinsichtlich der Kosten berichtet die Verwaltung, dass es sich bei der Maßnahme nach jetzigem Kenntnisstand um eine Erschließungsmaßnahme im Sinne des Baugesetzbuches handelt. Um die Grundstückseigentümer der bebauten Grundstücke nicht übermäßig zu belasten, wurden bereits verschiedene rechtliche Varianten geprüft. Ungewiss ist zum jetzigen Zeitpunkt noch, ob sich bis zum Abschluss der Maßnahme baurechtlich auf der landwirtschaftlichen Fläche etwas tut, wovon jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht auszugehen ist. Details der möglichen Kostenverteilung sollen in der Anliegerversammlung besprochen werden.

Nach kurzer Diskussion kommen die Ausschussmitglieder und die Verwaltung überein, in der heutigen Sitzung nicht über die Beschlussvorlage abzustimmen.

2016/075/1

8. Flächennutzungsplan der Stadt Ahrensburg
- Entwurfsbeschluss
- Beschluss zur Offenlage

Bevor über die Beschlussvorlage abgestimmt wird, wird über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Nr. AN/055/2016 diskutiert. Seitens einiger Ausschussmitglieder und der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass in einem Planfeststellungsverfahren alle möglichen Varianten aufgezeigt werden müssen und die südliche Trasse lediglich nachrichtlich im Flächennutzungsplan benannt ist. Mit der Einzeichnung der südlichen Variante im Flächennutzungsplan wird lediglich der politische Wunsch dargestellt, dass eine Nordtangente realisiert werden soll. Über den Antrag wird wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **4 dafür (Grüne, 1 SPD, WAB)**
3 dagegen (CDU)
2 Enthaltungen (FDP, 1 SPD)

Damit ist der Antrag angenommen. Sodann wird über die geänderte Beschlussvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **6 dafür (FDP, Grüne, SPD, WAB)**
3 Enthaltungen (CDU)

2016/073

9. Landschaftsplan
- Entwurfsbeschluss
- Beschluss zur Offenlage

Ohne weitere Aussprache wird über die Beschlussvorlage zum Landschaftsplan abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	**8 dafür (CDU, FDP, Grüne, SPD** **1 Enthaltung (WAB)**

2016/109

10. Aufhebung der Beschlüsse zu Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplans Nr. 88
Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 88 B
Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 88 B

2016/111

11. 38. Änderung des Flächennutzungsplans Ahrensburg für das Gebiet nördlich der Straße Beimoorweg im Bereich der Ortsdurchfahrt, östlich angrenzend an das bestehende Gewerbegebiet Nord auf einer Breite von ca. 50 m und einer Tiefe von ca. 300 m sowie ein Gebiet südlich der Straße Beimoorweg, in einem Bereich von ca. 70 m Breite und 70 m Tiefe entlang der Straße Beimoorweg auf Höhe des Anschlusses des Weges Beimoor Hof Eichkamp.
- Abwägung der Stellungnahmen
- Abschließender Beschluss

Die Ausschussmitglieder kommen überein, die Tagesordnungspunkte 10 und 11 gemeinsam zu behandeln.

Anhand einer Folienpräsentation **(vgl. Anlage)** geht die Verwaltung noch einmal auf die wesentlichen Punkte des Verfahrens ein. Hinsichtlich der ausnahmsweisen Zulässigkeit von betriebsbedingtem Wohnen berichtet die Verwaltung, dass dies auf Wunsch des Eigentümers aufgenommen wurde, da gegebenenfalls eine andere Aufteilung des Grundstückes vorgesehen ist.

Entgegen des Wunsches, die Gewerbeflächen aus ökologischen Gründen bzw. aus Gründen der Verkehrs- und Lärmbelästigung zu reduzieren, wurde diesbezüglich keine Änderung vorgenommen. Bei der Bewertung der Verkehrs- und Lärmbelästigung wurde auch das Teilgebiet Nr. 88 A berücksichtigt. Dennoch wird durch den Bebauungsplan die Leistungsfähigkeit der Lübecker Straße nicht überschritten, da entgegen dem Trendszenario Masterplan Verkehr bereits erste Maßnahmen vorangetrieben wurden. Gleichwohl wird betont, dass eine dauerhafte Reduzierung der Verkehrs- und Lärmbelästigung im Bereich der Lübecker Straße nur durch die Nordtangente ermöglicht werden kann.

Hinsichtlich der Lärmbelästigung im Bereich der Straße An der Eilshorst wird berichtet, dass die Lärmsteigerungen durch das Gewerbegebiet nicht im wahrnehmbaren Bereich liegen. Eine lange geforderte Lärmschutzmaßnahme für die Straße An der Eilshorst kann nur in Kooperation zwischen den Gemeinden Großhansdorf und der Stadt Ahrensburg erfolgen, da das Land hier keine Verpflichtungen für sich sieht.

Die Ausgleichsflächen im Geltungsbereich des B-Plans wurden nicht herausgenommen, da immer noch mittelfristiges Ziel der Stadt Ahrensburg ist, diese Flächen zu erwerben. Zum Lerchenfenster teilt die Verwaltung mit, dass man kurz vor Vertragsschluss sei. Zur 38. Änderung des Flächennutzungsplans berichtet die Verwaltung, dass der Maßstab der Planzeichnung verkleinert wurde.

Bevor die Ausschussmitglieder über die Beschlussvorlagen abstimmen, wird ein Dank an die Verwaltung - insbesondere den zuständigen Planer - ausgesprochen, da sich die Selbstverwaltung stets gut informiert gefühlt hat.

Zunächst wird über die Beschlussvorlage Nr. 2016/109 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Abschließend wird über die Beschlussvorlage Nr. 2016/111 mit folgendem Ergebnis abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

2016/115

12. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet Kastanienallee zwischen den Straßen Bahntrasse und Kastanienallee; Flurstücke 149, 232, 229, 230, 273 sowie die Flurstücke 276, 295, 275, 272, 270, 294 teilweise
- Aufstellungsbeschluss für die 46. Änderung des Flächennutzungsplanes

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplans erweitert wurde, da auf dem mit aufgenommenen Grundstück die meisten Potentiale zur Nachverdichtung bestehen und auf dem Grundstück derzeit nicht ausreichend Stellplätze vorhanden sind. Durch die Aufnahme in den Geltungsbereich können zumindest kurzfristig zusätzliche Stellplätze realisiert werden.

Des Weiteren berichtet die Verwaltung auf Anfrage des Vorsitzenden, dass mit den Grabeland-Pächtern Gespräche geführt wurden, die zum Ergebnis haben, dass für alle Pächter eine Lösung gefunden werden konnte. Des Weiteren soll kurzfristig eine Einmessung des Plangebietes vorgenommen werden. Abschließend wird über die Beschlussvorlage wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

13. S4 - Stellungnahme zur Vorabstimmung der Entwurfsplanung Bauwerke

Anhand einiger Pläne in Form einer Folienpräsentation **(vgl. Anlage)** stellt die Verwaltung die Vorabstimmung der Entwurfsplanung der Bauwerke im Rahmen der S4-Planung vor. Die gelben Zeichnungen stellen jeweils den derzeitigen Bestand dar. Zur Überquerung am Kremerbergweg gibt es seitens der Verwaltung nur den Hinweis, dass man sich weiter für den Erhalt des Industriestammgleises stark machen müsse. Dies ist auch im Sinne der Ausschussmitglieder. Hierzu betont insbesondere ein Ausschussmitglied, das davon auszugehen ist, dass in einigen Jahren wieder verstärkt die Schienen genutzt werden. Hinsichtlich der jährlichen Zahlung weist die Verwaltung darauf hin, dass die Weiche von der Stadt Ahrensburg abgelöst wurde.

Das Bauwerk im Bereich des Ostrings reicht nicht mehr aus und wird durch ein neues Bauwerk, welches breiter ist, ersetzt. Der Gehweg, der derzeit über den Holzsteg führt wird so gelegt, dass dieser ebenfalls über die Brücke führt. Nach Auffassung der Verwaltung kann diesem Bauwerk zugestimmt werden. Dies gilt ebenfalls für die Auebrücke.

Die Brücke an der Bahntrasse soll zukünftig verlängert werden. Die Lage der Lärmschutzwand steht jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest.

Die Überquerung am Moorwanderweg wird komplett verändert, da diese Brücke derzeit von Radfahrern kaum und z. B. mit Kinderwagen gar nicht passierbar ist. Die Lage der Rampe wurde optimiert, damit Radfahrer aus Richtung Waldemar-Bonsels-Weg bzw. der U-Bahn ohne Umwege unter der Bahn hindurchfahren können. Hierdurch wird es erforderlich, den Knotenpunkt im Hinblick auf die Fuß- und Radverkehrsströme anzupassen. Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass das Bauwerk barrierefrei gestaltet ist. Nachdem es zu einer kurzen Diskussion über den möglichen Haltepunkt der S4 kommt wird festgehalten, dass das Bauwerk an sich in Ordnung ist und zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht über den möglichen Haltepunkt debattiert werden kann.

Bezüglich der Straßenüberführung G 5 K 3 wird angestrebt, diesen wegfallen zu lassen und die Erschließung der angrenzenden Flächen anders zu regeln. Eine Einigung hinsichtlich der Planung konnte bisher noch nicht erreicht werden. Seitens der Stadt wird ein ähnliches Bauwerk wie auf der Hamburger Seite am Dassauweg angestrebt.

Auch die Straßenüberführung Brauner Hirsch konnte noch nicht abschließend geklärt werden. Hier sind verschiedene Aspekte dem Eingriff in die Natur, Archäologie und Landschaft gegeneinander abzuwägen. Ergänzend wird seitens eines Ausschussmitgliedes auf das Planfeststellungsverfahren hingewiesen, indem die derzeitige Planung der DB kaum durchkommen wird, da es sicherlich viele Einwände seitens z. B. Naturschutzverbänden geben wird.

Der Vorsitzende bedankt sich bei der Verwaltung und betont, dass diese im Sinne der Selbstverwaltung verhandelt hat.

14. Anfragen, Anregungen, Hinweise

14.1. Beleuchtung im Waldemar-Bonsels-Weg

Wie bereits mehrfach angesprochen, lässt die Beleuchtung im Waldemar-Bonsels-Weg stark zu wünschen übrig. Des Weiteren ist der Gehweg auf der östlichen Seite in einem sehr schlechten Zustand. Die Verwaltung wird gebeten mitzuteilen, wann diese Maßnahmen durchgeführt werden. Die Verbesserung der Beleuchtungssituation kann nur durch eine Ausbaumaßnahme - wie z. B. in der Christel-Schmidt-Allee - erreicht werden. Dies ist bereits geplant. Sollte diese Maßnahme zeitlich vorverlegt werden, hat die Politik im Rahmen der Haushaltsberatungen die Möglichkeit, die Maßnahme vorzuziehen. Auch die Nebenanlagen, wie der Gehweg, können nur durch größere Ausbaumaßnahmen in einem ordnungsgemäßen Zustand wieder hergestellt werden, jedoch wird die Verwaltung schauen, ob eine punktuelle Verbesserung der Situation möglich ist.

14.2. Sachstand barrierefreier Umbau der U-Bahnhöfe

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes bestätigt die Verwaltung, dass die Baumaßnahmen zum barrierefreien Ausbau der U-Bahnhöfe nach jetzigem Kenntnisstand fristgerecht abgeschlossen werden können.

14.3. Beschilderung im Stadtgebiet

Seitens eines Ausschussmitgliedes wird berichtet, dass es bereits mehrfach im Bereich der Doppeleiche/Rondeel von Ortsfremden angesprochen wurde mit der Frage, wo sich denn das Schloss befinde. Es wird angeregt, die Beschilderung im Innenstadtbereich diesbezüglich zu verbessern. Daraufhin informiert die Verwaltung, dass dies eine der in der Städtebauförderung geplanten Maßnahmen ist.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin